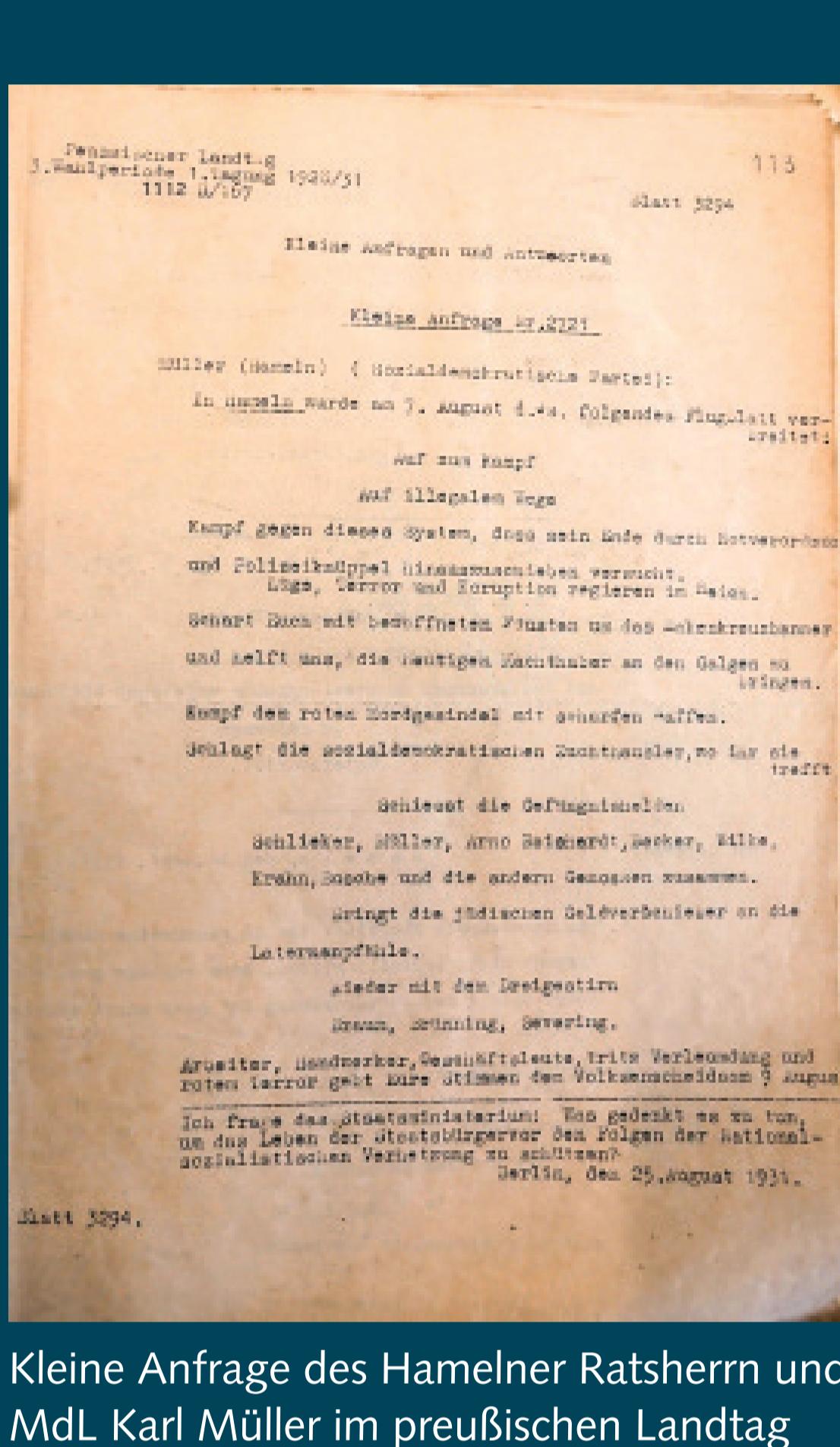




Der Hamelner Oberbürgermeister Dr. Scharnow,
seit 1931 im Amt

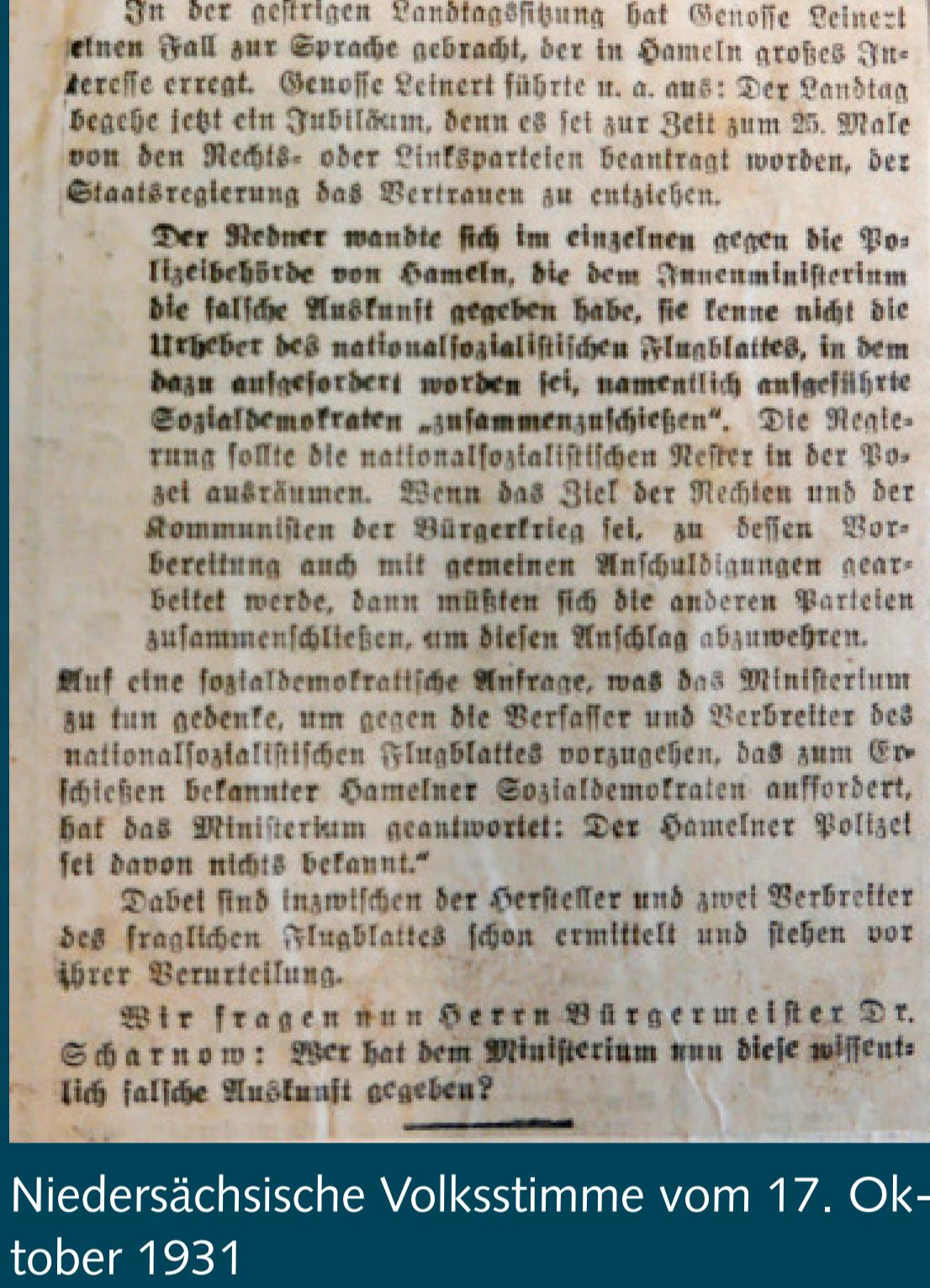
Stadtarchiv Hameln

Die Affäre um das Flugblatt der NSDAP vom 7. August 1931



Kleine Anfrage des Hamelner Ratsherrn und MdL Karl Müller im preußischen Landtag vom 25. August 1931

Stadtarchiv Hameln



Niedersächsische Volksstimme vom 17. Oktober 1931



Dewezeit vom 16. März 1932

Am 7. August 1931 tauchte in Hameln ein anonymes Flugblatt auf, das in einer brutalen Sprache und mit zahlreichen Rechtschreibfehlern zum „Kampf auf illegalem Wege gegen dieses System“ aufforderte.

„Kampf gegen dieses System, dass (sic!) sein Ende durch Notverordnung und Polizeiknüppel hinauszuschieben versucht.

Lüge, Terror und Korruption (sic!) regieren im Reich. Schart Euch mit bewaffneten Fäusten um das Hakenkreuzbanner und helft uns, die heutigen Machthaber an den Galgen zu bringen.

Kampf dem roten Mordgesindel mit scharfen Waffen.

Schlägt die sozialdemokratischen Zuchthäuser, so ihr sie trefft.

Schiesst die Gefängnishelden Schlieker, Müller, Arno Reichardt (sic!), Becker, Wilke, Krahn, Busche und die anderen Genossen zusammen.

Bringt die jüdischen Geldverschieber an die Laterenpfähle.

Nieder mit dem Dreigestirn Braun, Brünning (sic!), Severing.

Arbeiter, Handwerker, Geschäftsleute, trotz Verleumdung und roten (sic!) Terror gebt Eure Stimmen dem Volksentscheid am 9. August.“

Es lag nahe, die Urheber dieses ungeheuerlichen Flugblatts bei der Hamelner NSDAP zu vermuten.

- Das „rote Mordgesindel“ sollte erschossen werden, darunter die bekannten Hamelner Sozialdemokraten Karl Müller (Ratsherr, Mitglied des preußischen Landtags und Vorsitzender des Hamelner Konsums) und Arno Reichard (Redakteur der Niedersächsischen Volksstimme).

- „Jüdische Geldverschieber“ sollten an die Laterenpfähle gebracht werden.

- Reichskanzler Heinrich Brünning, dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem preußischen Innenminister Carl Wilhelm Severing wurde in ähnlicher Weise gedroht.

Daraufhin beschwerte sich im August 1931 die Hamelner SPD bei der preußischen Regierung in Berlin über die Polizeiführung der Stadt, weil sie das Flugblatt nicht zur Anzeige gebracht hatte.

Am 25. August 1931 richtete Karl Müller eine kleine Anfrage zum Flugblatt an das preußische Staatsministerium in Berlin. Dieses wandte sich daraufhin an den Regierungspräsidenten in Hannover, dieser wiederum an die Polizei Hameln mit der Aufforderung, einen Bericht vorzulegen.

Am 17. September 1931 schrieb die Polizei Hameln an den Regierungspräsidenten, dass ihr das Flugblatt nicht bekannt sei.

Karl Müller ergriff in einem Brief vom 16. September 1931 an den Oberpräsidenten Noske in Hannover erneut die Initiative:

„Private Bemühungen unsererseits haben dazu geführt, dass der Schreiber des Flugblattes einwandfrei ermittelt ist.

Wir haben aber davon der Polizei bislang keine Mitteilung gemacht, weil wir befürchten, daß gerade von dieser Stelle aus die Nazis vorzeitig benachrichtigt werden, sodaß sie sich vorher verständigen und Spuren verwischen.“

Müller bat dringend um die Übersendung eines Kriminalbeamten aus Hannover. Ein Kripo-Beamter aus Hannover verhaftete daraufhin einen Hamelner SA-Mann namens Lohmeyer als Schreiber des Flugblatts und beschlagnahmte seine Schreibmaschine und Papier.

Am 17. Oktober 1931 berichtete die Niedersächsische Volksstimme über den Fall. Lesern der Dewezeit wurde der Skandal verschwiegen.

Der Hamelner Oberbürgermeister Scharnow stellte sich vor seinen Polizeichef Ritter:

„Jedenfalls kann von einer wissentlich falschen Beichterstattung nicht die Rede sein.“

Kommissar Ritter sei erkrankt gewesen; ein mit der Untersuchung beauftragter Beamter habe Selbstmord begangen.

Am 31. Oktober 1931 legte Karl Müller noch einmal nach:

„Mir ist wiederholt versichert worden, daß die Polizei in Hameln überwiegend mit dem Nazi sympathisiert.“

Mir ist bekannt, daß der Leiter der Polizei, Herr Kommissar Ritter, wiederholt mit Führern der Nationalsozialisten gekneipt hat.

Mir ist bekannt, daß Herr Ritter ein starker Trinker ist.

Mir ist bekannt, daß der Polizeiverwalter, Herr Bürgermeister Dr. Scharnow, alle dem sehr stark durch die Finger sieht.“

Wenn die Polizei behauptet, ihr sei von den Vorgängen nichts bekannt, so sage sie „bewußt“ die Unwahrheit.

Am 31. Oktober 1931 musste Oberbürgermeister Scharnow einräumen, dass sein Bericht vom 17. September teilweise „objektiv unrichtig“ sei.

Polizeikommissar Ritter habe aber nur, wo es aus dienstlichen Gründen erforderlich war, mit Angehörigen staatsfeindlicher Parteien am Wirtshaustisch zusammengesessen.

Er habe Ritter am 23. November 1931 aus Krankheitsgründen in den Ruhestand versetzt. Bei dieser Sachlage erübrige sich eine weitere Verfolgung der Angelegenheit.

Am 18. Januar 1932 teilte der Regierungspräsident in Hannover Oberbürgermeister Scharnow mit, dass ihm der preußische Innenminister Severing wegen des objektiv falschen Berichts eine „Mißbilligung“ ausgesprochen habe.

Die Vorwürfe der SPD gegen den Hamelner Polizeikommissar Ritter wegen Kumpanei mit der NSDAP hatten also zu Recht bestanden.

Im Mai 1932 wurde Walter Tuttas zum neuen Polizeikommissar für Hameln gewählt. Er sollte das Hamelner Polizeikorps auf die Einhaltung der Grundsätze der Weimarer Republik ausrichten.